

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

„Konsolidieren und Investieren ist die Antwort auf die Krise“, haben Sie, Herr Bürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede gesagt. Mit diesem Haushalt setzen wir die Investitionsoffensive in Kindergärten, Schulen und Stadtentwicklung fort. Mit Investitionen über 6.000.000,00 € für den Umbau der Sekundarschule, der Erweiterung der Ludgerigrundschule, der Planung für den Ausbau der offenen Ganztagschulen, der Erweiterung der IT-Ausstattung und mit der Ertüchtigung des Schulhofes am Canisianum setzen wir diesen erfolgreichen Weg fort. Unsere Schullandschaft ist nach wie vor auch ein Magnet für Eltern aus benachbarten Kommunen. Die Anmeldezahlen für unsere Schulen sind der beste Beweis dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Politik zu schätzen wissen. Die Sekundarschule wird voraussichtlich sogar sechszügig. Natürlich ist die Attraktivität unserer Schulen auch und in erster Linie auf die Tatkraft und das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer zurückzuführen. Aber ein modernes und ansprechendes Lehrumfeld ist gleichermaßen notwendig.

In diesem Zusammenhang sollten wir auch nichts unversucht lassen, das St. Antonius Gymnasium als anerkannte Sportschule zu etablieren. Mit der Drei-Burgen-Arena haben wir vor Ort ausgezeichnete Trainingsbedingungen für Leistungs- und Breitensport gleichermaßen. Wer die Strahlkraft der Drei-Burgen-Arena und der Leistungsstützpunkte mal erleben will, dem empfehle ich den Besuch eines der nationalen und internationalen Turniere, die dort inzwischen ausgetragen werden. Besucher und Sportler tragen dazu bei, unsere Stadt bekannt zu machen und sind auch ein Wirtschaftsfaktor für das heimische Hotel- und Gaststättengewerbe. Wir teilen nicht die Auffassung der Grünen-Fraktion, die eine anerkannte Sportschule als elitäres Gehabe abkanzelt. Es sind gerade die heimischen, jungen Leistungsathletinnen und Athleten, die als Vorbilder junge Breitensportlerinnen und Breitensportler für den Sport begeistern. Das ist unschwer an der erfolgreichen Jugendarbeit der Sportvereine in Lüdinghausen erkennbar.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

wer bei den ersten Lockerungen der Coronaschutzauflagen gedacht hat, das ist der Beginn vom Ende der Krise, wurde enttäuscht. Das war nicht der Beginn vom Ende der

Krise, sondern das Ende vom Beginn, wie Barack Obama einmal gesagt hat. Mit dem Ukrainekrieg hat sich die Krise nahtlos fortgesetzt. Krise ist fast und gefühlt der Normalzustand. Dieser Krieg mit seinen unvorstellbaren Leid hat dazu geführt, dass viele Menschen bei uns Zuflucht gesucht und gefunden haben. An dieser Stelle bedanke ich mich im Namen der CDU-Fraktion sehr dafür, dass viele Bürgerinnen und Bürger wie selbstverständlich Geflüchtete aufgenommen haben und die Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung unermüdlich dafür gesorgt haben, menschenwürdige Unterkünfte und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für die Geflüchteten und Schutzsuchenden aus allen Nationen zu organisieren.

Die Explosion der Energiepreise und die damit verbundene Inflation aufgrund dieses Krieges hat aber auch tiefe Spuren in unserem Haushalt hinterlassen. Es wäre ungerecht, an dieser Stelle nicht zu erwähnen, dass die Bundesregierung mit der Gas- und Strompreisbremse auch für die Stadt Lüdinghausen den Energiepreisschock abgemildert hat. 727.000,00 € zusätzlicher Energiekosten bleiben uns erspart. Trotzdem galoppieren die Preise weiter. Vor allem für die Bürgerinnen und Bürger verbleiben trotz Strom- und Gaspreisbremse immer weniger Euros im Portomanie. Deshalb ist es gerade jetzt der richtige Weg, bestehende Erhöhungspotentiale bei den Steuern und Abgaben, insbesondere bei Grundsteuer A, eben nicht auszuschöpfen, um die Bürgerinnen und Bürger in finanziell angespannten Zeiten nicht zusätzlich zu belasten. Verantwortungsvolle Politik zeichnet sich dadurch aus, Einsparpotentiale zunächst vor der eigenen Haustür zu suchen und zu realisieren.

Unter der Last steigender Preise und Zinsen, sehr geehrte Stadtverordnete, ist der Wohnungsmarkt fast zusammengebrochen. Bundeskanzler Scholz und Bauministerin Klara Geywitz haben eifrig mitgeholfen, indem sie die Fördermittel für Neubauten und das Baukindergeld massiv eingedampft haben und mit weiteren Bauvorschriften Baukosten in die Höhe getrieben haben, wo Aufwand und klimapolitischer Nutzen erwiesenermaßen in keinem Verhältnis stehen.

Jetzt soll nach dem Willen der Grünen und der SPD eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft mit 500.000,00 € die Wohnungsknappheit hier vor Ort beseitigen. Wir halten es für ausgeschlossen in diesem schwierigen Marktumfeld ohne Know-How und Fachpersonal mit einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft und einem Betrag von 500.000,00 € irgendeinen messbaren Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot leisten zu können. Bezahlbare Wohnungen entstehen dann, wenn die städtische Mehrfamilienhausgrundstück mit Sozialbindung vergeben werden. Genau diesen Weg gehen wir im Baugebiet Hesselmanngraben. Hier entstehen 64 Wohneinheiten, davon 40 Geschosswohnungen. Wir streben für die Geschosswohnungen eine Sozialbindung von 40 % an. Und diesen Weg werden wir auch bei den geplanten Baugebiet in Seppenrade Leversum gehen. Das ist ein Beitrag, mit bezahlbaren Wohnungen der Wohnungsknappheit zu begegnen.

Es ist der Treppenwitz schlechthin, wenn ich von einem lieben, grünen Ratskollegen in den Westfälischen Nachrichten lese, dass hier in Lüdinghausen Baugrundstücke „verschwenderisch rausgehauen“ werden. Das heißt nichts anderes als das, was der

grüne Frontmann Anton Hofreiter schon im Februar 2021 lauthals verkündet hat: Einfamilienhäuser und Doppelhäuser gehören abgeschafft. Wenn es Ihre Vorstellung ist, liebe Fraktion der Grünen, dass künftig nur Wohnsilos oder Wohnmaschinen auf Baugrundstücken entstehen, müssen Sie diesen Weg allein gehen. Wir setzen auf die gelungene Mischung zwischen Geschosswohnungsbau, Einfamilienhaus und Doppelhaus. Das sichert das Miteinander aller gesellschaftlicher Schichten. So wie es jetzt Hesselmanngraben, und bald in Seppenrade Leversum entstehen wird. Das ist die passende Antwort auf die Beseitigung der Wohnungsknappheit und einer behutsamen Stadtentwicklung.

Interessant ist diese Haltung auch im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit. Wohl dem, der ein Häuschen hat!

Und dann, dann meldet sich der große Lüdinghauser Gewerkschaftsführer noch in den Westfälischen Nachrichten zu Wort. Klassenkämpferisch hat er in Lüdinghausen das Gewinnstreben privatwirtschaftlich organisierter Wohnungsunternehmen als Ursache für die Zerstörung des Wohnungsmarktes für bezahlbare Wohnungen ausgemacht. Spätestens jetzt hat die Diskussion ein Niveau erreicht, wo eine konstruktive Auseinandersetzung über den richtigen Weg zur Beseitigung der Wohnungsknappheit ausgeschlossen ist. Ich wünsche den Stammtischgesprächen einen fröhlichen Verlauf. Die CDU-Fraktion kümmert sich derweil darum, dass Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan am Nottengartenweg umgesetzt wird. Hier sollen auf einem kreiseigenen Grundstück ca. 50 Wohneinheiten entstehen, von denen 30% sozial gebunden sind. Auch hier werden wir auf eine gesunde Mischung bei der Wohnbebauung achten, die die Belange der umliegenden Anwohner berücksichtigt.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren, auch bei diesen Haushaltsberatungen lag eine Vielzahl von Anträgen vor, Geld für Klimaschutz über die Ansätze im Haushalt hinaus auszugeben. Die Klimakrise lässt sich nicht mit einem Geldregen ertränken. Es kommt auf die Effektivität der Maßnahmen an. Wir haben auf Grundlage des integrierten Klimaschutzkonzeptes am 17.12.2020 einstimmig bei einer Enthaltung unter fachkundiger Beteiligung der Beratungsgesellschaft Gertec einen Maßnahmenkatalog für drei Jahre beschlossen, um die im Klimaschutzkonzept gesteckten Ziele zu erreichen. Die Maßnahmen wurden auf den Handlungsspielraum der Stadt Lüdinghausen abgestimmt. Genau diese Maßnahmen sind auch im vorliegenden Haushalt umgesetzt. Sie sind, was die Auflage von Förderprogrammen angeht, sogar verdoppelt worden. Die CDU-Fraktion sieht keine Veranlassung sich über die fachmännischen Empfehlung der Fa. Gertec hinwegzusetzen, zumal das verabredete Controlling über die Wirksamkeit der Maßnahmen bis heute nicht durchgeführt wurde. Welchen Wert haben denn diese teuren Fachgutachten, wenn der angeblich grüne, klimapolitische Sachverständige ohnehin die vorgeschlagenen Maßnahmen ignoriert und sich an sein

Abstimmungsverhalten bei der Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes nicht mehr erinnern kann?

Natürlich könnte alles schneller gehen. Hat die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Rathausdach von der Antragstellung der Grünen am 17.11.2019 bis zur Inbetriebnahme im Jahre 2022 drei Jahre gedauert, hat die Bürgerenergiegenossenschaft binnen Jahresfrist 4 Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden realisiert. Deshalb hat sich die CDU-Fraktion auch dafür stark gemacht, dass die geplanten Photovoltaikanlagen auf dem St. Antonius Gymnasium dem Kindergarten Tüllinghof von Bürgerenergiegenossenschaft umgesetzt werden. Das schont städtische Finanzen, beteiligt Bürgerinnen und Bürger und geht deutlich schneller.

Apropos Bürgerenergiegenossenschaft: Klimawende funktioniert nur, wenn Betroffene – möglichst auch finanziell - beteiligt werden. Platte Forderung, wie „Windkraft forcieren“ oder endlose Diskussionen über irgendwelche Resolutionen sind sinnlos bzw. reine Zeitverschwendung. Die Klimawende vollzieht sich vor den Türen des Kapitelsaals beim Mitmachen von Betroffenen und Beteiligten. Da ist die Bürgerenergiegenossenschaft ein echter Aktivposten für die Klimawende in Lüdinghausen.

Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Auch in Sachen Mobilität haben wir inzwischen mit dem Mobilitätskonzept eine klare fachliche Expertise für viel Geld eingekauft. Das Büro Brilon Bondzio Weiser kommt zu dem Ergebnis, dass die vorhandenen Parkplätze in Lüdinghausen bedarfsgerecht sind. Für die CDU-Fraktion ist es da schon befremdlich, wenn bei den Haushaltsberatungen die „bedarfsgerechte Reduzierung von Parkmöglichkeiten für PKW in der Innenstadt“ gefordert wird. Die Gutachter Brilon Bondzio Weiser halten die Anzahl der vorhandenen Parkplätze gerade für bedarfsgerecht und eben nicht deren Reduzierung. Die CDU-Fraktion wird sich bei der sich anbahnende Verlagerung von Parkmöglichkeiten dafür einsetzen, die entfallenden Parkplätze am geplanten Mobilitäts-Hub zu ersetzen. Das stärkt die Innenstadt und erleichtert den Übergang zum ÖPNV.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren, drei Punkte muss ich noch loswerden.

1. Die CDU-Fraktion freut sich, dass die vorbereitenden Beratungen für das Dorffinnenentwicklungskonzept abgeschlossen sind. Wir erwarten eine zeitnahe Beratung in den Fachausschüssen und dem Stadtrat. Wir haben uns besonders für ein multifunktionales Gebäude eingesetzt, das Treffpunkt für Vereine, Gemeinschaften und Breitensportler gleichermaßen ist. Wir wollen noch in diesem Jahr in die Planung dafür eintreten.
2. Ebenso wichtig ist, dass im Jahre 2023 endlich damit begonnen wird, die Umkleidekabinen am Station Westfalenring zu erweitern und zu sanieren. Es ist

trotz knapper Kassen und ausbleibenden Fördermitteln genau der richtige Weg. Dafür hat sich CDU-Fraktion schon 2019 eingesetzt.

3. Mit Nachdruck setzen wir uns dafür ein, die Quartiersentwicklung an, um und mit der Burg Wolfsberg in diesem Jahr voranzutreiben. Ein integriertes Stadtentwicklungskonzept für dieses Quartier ist ein verheißungsvoller Ansatz. Jetzt mal 100.000,00 € hier zu investieren und später vielleicht noch mal. Diese Flickschusterei lehnen wir ab.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

keine Haushaltsrede ohne Klutenseebad:

Nachdem der Rechtsstreit über die Baumängel mit einem sehr guten Erfolg abgeschlossen ist, ist der Weg frei, das Schul- Vereins- und Freizeitschwimmen auf ein langfristiges und tragfähiges Fundament zu stellen, das allen Bevölkerungsgruppen gerecht wird. Mit der Nachfrage- und Bedarfsanalyse der Unternehmensberatung Altenburg ist im Laufe des letzten Jahres die erste Bestandsaufnahme durchgeführt worden. Die Beratungen über die Zukunft des Klutenseebades bzw. eines möglichen Neubaus sollen in wenigen Wochen beginnen. Schon heute, bevor die Beratungen überhaupt begonnen haben, wähnt die SPD sich schon auf der Überholspur in Richtung neues Hallenbad unterwegs.

Liebe Freunde von der SPD, bitte kehren Sie um und nehmen an den Beratungen teil, Sie haben noch keine Pläne im Gepäck!

Die CDU-Fraktion wird das Ergebnis der Beratungen abwarten und ist mit dem Bürgermeister einer Meinung, der seine Zustimmung für ein neues Bad an der Frage messen lassen will: „Steht die Finanzierung auf einer soliden Basis?“ Und diese solide Basis sind keine grünen Buchungstricksereien oder Luftbuchungen -wie unserer Kämmerer – den Vorschlag der Grünen zutreffend bezeichnet, Die gaukeln den Bürgerinnen und Bürgern nur vor, wir hätten 15 Millionen Euro für ein Bad zurückgelegt, die wir gar nicht auf dem Konto haben.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren, ohne Mos nichts los, das gilt nicht nur für die Finanzierung eines neuen Hallenbades. Die Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von 14,8 Mio.€ sind eine unverzichtbare Finanzierungsquelle für unsere Stadt. Diese Finanzierungsquelle gilt es zu sichern und auszubauen. Deshalb hat die CDU-Fraktion beantragt, die Mittel für Grunderwerbe um 1 Mio.€ aufzustocken. Wir benötigen neue Gewerbegebiete, um Betrieben unterschiedlicher Branchen und Unternehmensgrößen ein attraktives Angebot für eine Ansiedlung zu machen. Wer in den benachbarten Orte wie Olfen an der B 235 und Senden an der A 43 die Entwicklung der Gewerbegebiete beobachtet, stellt schnell fest, dass der Wettbewerb nicht schläft. Senden plant bereits in Bösensell ein weiteres

grünes und klimaneutrales Gewerbegebiet. Mit dieser Politik können wir die Abhängigkeit von der Gewerbesteuer getrost verkraften. Denn die Steuerkraft wird dann auf eine breite Basis gestellt.

Anders ist sieht es bei unserer Abhängigkeit von Gewinnen aus Grundstücksverkäufen aus. Ohne die Erträge aus den Grundstücksverkäufen Eickholter Busch und Hesselmanngraben, wäre unser Haushalt, wie der Kämmerer Armin Heitkamp zu Recht gesagt hat, völlig aus den Fugen geraten. Baugebiete sind nicht unbegrenzt vermehrbar und Wachstum stößt auch an Grenzen. Deshalb begnügen wir uns nicht mit der Antwort von Mark Twain: der einmal sagte: „Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme, selbst wenn ich mir dafür Geld borgen muss.“, wie der Kämmerer Herr Heitkamp in seiner Haushaltsrede angemahnt hat. Wir haben den Mut zu unpopulären Entscheidungen. Die mit Sperrvermerk versehenen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 750.000,00 €, die Einnahmeverbesserungen und die Verschiebung von Baumaßnahmen werden einen signifikanten Beitrag dazu leisten, dass wir uns eben kein Geld borgen müssen, um unsere Ausgaben zu bestreiten. Man kann vielleicht unterschiedlicher Meinung sein, ob pauschale Kostenkürzung der Königsweg für einen künftig strukturell ausgeglichenen Haushalt ist. Diese Methode hat sich Lüdinghausen aber schon einmal bewährt. Wir nehmen aber gern die Anregung des Kämmerers auf, die Haushaltssteuerungskommission wieder wachzuküssen, um durch Aufgabenkritik konkrete Einsparpotentiale für die Zukunft zu suchen.

Herr Bürgermeister, Sie haben gesagt: Die Botschaft des Haushaltes 2023 lautet: „Gemeinsam stark durch die Krisen“! Wenn ich auf die Abstimmung im Haupt- und Finanzausschuss am 14.02.2023 zurück schaue, bin ich da wenig zuversichtlich, was das Gemeinsame angeht. Die Empfehlung für den Haushalt 2023 wurde nur von CDU und FDP mitgetragen. Hier zeigt sich einmal mehr, wenn Schmalhans der Küchenmeister bei den Haushaltsberatungen ist und unpopuläre Entscheidungen umgesetzt werden müssen, lichten sich die Reihen derjenigen, die dazu bereit sind. Wir haben den Mut zu unpopulären Entscheidungen gehabt. Das geplante Haushaltsdefizit hat sich fast halbiert. Der Haushalt schafft den Spagat zwischen dem Wünschbarem und Machbarem und trägt die Handschrift der CDU. Der Haushalt ist die richtige Antwort auf die aktuellen Herausforderungen. Die CDU-Fraktion stellt sich der Verantwortung und stimmt dem Haushalt 2023 zu.

Vielen Dank sage ich im Namen der CDU-Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für den engagierten Einsatz zum Wohle von Lüdinghausen. Vielen Dank sage ich Herrn Heitkamp und seinem Team für die Aufstellung des vorliegenden Haushaltes und Herrn Kortendieck für seinen unermüdlichen Einsatz. Vielen Dank an die vielen Ehrenamtlichen, die mit ihrem Einsatz unsere Stadt so lebenswert machen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

GRÜNE Etatrede 2023

(Melanie Vogel)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geschätzte KollegInnen,
liebe ZuhörerInnen!

Im letzten Jahr begann ich unsere Rede sinnhaft mit den Worten, dass ein ungewöhnliches Jahr hinter uns allen liegt und es die Verwaltung nicht immer leicht hatte. Auch in diesem Jahr wäre der Beginn passend. Zusätzlich zu den Nachwirkungen der Coronapandemie erschütterte uns alle Putins Angriffskrieg auf die Ukraine. Natürlich vor allem emotional, aber auch finanzpolitisch und organisatorisch haben beide Ereignisse für unsere Stadt unmittelbare Auswirkungen.

Wir als Stadt sind dennoch in vielen Belangen gut aufgestellt!

Es gilt die Zeichen der Zeit zu erkennen, um weiterhin für stabile Verhältnisse zu sorgen, in allen Bereichen, in der Wirtschaft, im sozialen Bereich, in unseren Vereinen, kurzum in der gesamten Stadt.

Denn es werden weiterhin immer wieder neue Herausforderungen auf uns zukommen, auf die wir als Politik reagieren müssen oder im besten Falle gut vorbereitet sind.

Hier heißt es optimistisch, zukunftsorientiert, aber auch verantwortlich zu handeln.

Und da stellt sich für mich die Frage:

Wie kann man die kommenden Herausforderungen am besten meistern?

Ich bin davon überzeugt, dass dies nur gemeinsam geht, mit der Verwaltung, den politischen Vertretern und den BürgerInnen unserer schönen Stadt.

Der Bürgermeister hat eine neue Marketingstrategie ins Leben gerufen. Ein übergroßes WIR, das wohl symbolisieren soll, dass ihm dieser Gemeinschaftsgedanke sehr am Herzen liegt.

Wir als Grüne fragen uns manchmal, wer ist denn eigentlich mit WIR gemeint? Sind damit auch die anderen Fraktionen und diejenigen miteinbezogen, die ihn und seine Partei nicht gewählt haben?

In seiner Haushaltsrede spricht der Bürgermeister davon, dass die Botschaft des Haushaltsplanentwurfs 2023 lautet: "Gemeinsam stark durch die Krise"

Wohlklingende Worte. Aber, leben wir diese Kultur im Lüdinghauser Rat?

Wenn wir uns das Handeln des Bürgermeisters anschauen, sehen wir eben nicht, dass das oberste Ziel ist alle mitzunehmen und sich auf andere einzulassen. Im Gegenteil, alle Vorhaben werden zur Chefsache erklärt. Nur er möchte das Zepter in der Hand halten und damit die Richtung bestimmen

Vorschläge und Anregungen von der Grünen Fraktion und auch anderer Fraktionen werden mit einer Handbewegung oft vom Tisch gewischt. Nur zu gern erwähnt der Bürgermeister in diesen Situationen dann, dass er diesen Gedanken bereits vor allen anderen hatte, er *würde ja schließlich nicht mit dem Kopf auf der Heizung schlafen* und das alles wäre ihm *eine Herzensangelegenheit*.

Aber gerade bei kommunaler Politik sollte es doch vornehmlich darum gehen, Dinge aus mehreren Blickwinkeln zu betrachten. Manchmal ist der Blickwinkel des vermeintlich politischen Gegners dabei genau der richtige, um den eigenen Horizont zu erweitern.

Leider vermissen wir in den Sitzungen auch bei der Mehrheitsfraktion oft das offene Ohr für die Ideen von anderen.

Wenn uns in den Ausschüssen zumindest zugehört worden wäre, bevor Anträge von uns quasi pauschal abgelehnt werden, dann wäre uns allen manche Peinlichkeit erspart geblieben (etwa die Anregung von Herrn Möllmann, den Radverkehr in der Blaufärbergasse in beide Richtungen zu ermöglichen. Genau dieser Antrag der Grünen war kurz davor mit CDU-Mehrheit abgelehnt worden).

Wir sind mitunter auch verwundert, wie die Verwaltung mit dem Bauhof-Gutachten und dessen konkreter Umsetzung umgeht und wie wenig an diesen wichtigen Stellen die Politik miteinbezogen wird. So sollte im Zuge des Gutachtens ein Konzept erstellt werden. Bislang nach über 8 Monaten ist die Politik in keine Überlegungen oder Planungen miteinbezogen worden und uns wurde auch keine Zukunftskonzeption vorgestellt, wie der städtische Bauhof und damit die Arbeitsplätze in den nächsten 10 Jahren gestaltet werden sollen. Auch gab es keine Transparenz hinsichtlich des Fortschritts in dieser Angelegenheit. Wir meinen: die wichtigen Aufgaben des Baubetriebshofes und die Sicherung der Arbeitsplätze sollten von Verwaltung und Politik gemeinsam auf den Weg gebracht werden. Das ist bisher nicht geschehen. Wir Grünen fordern dies ein. Wenn man sich aber als Bürgermeister lieber um Fotomotive für Lüdinghausen LOVE kümmert, bleibt für weniger wichtige Themen wie den Bauhof natürlich wenig Zeit.

Wir Grünen haben festgestellt, dass zum Beispiel mit dem Mobilitäts- und Klimaschutzkonzept zwar zukunftsweisende Themen in Lüdinghausen bearbeitet werden sollen, aber im Hintergrund solcher wohlklingender Konzepte hat die politische Mehrheit dafür gesorgt, dass alle ambitioniert klingenden Ziele verwässert wurden. Da muss man sich die Frage stellen, ob diese Konzepte ihre Titel noch verdienen.

Wir Grüne sind davon überzeugt, dass Konzepte die Grundlage sind, um eine echte Kehrtwende in der bisherigen Klimapolitik und Mobilitätspolitik zu bewirken. Aber ein Konzept bleibt halt erstmal nur ein Konzept, das mit Leben und Verbindlichkeiten gefüllt werden muss, an dem man sich abarbeitet und das sich natürlich an äußere Veränderungen anpassen muss.

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder erkennen müssen, dass es sich die CDU und die Verwaltung hinter solchen Konzepten gemütlich gemacht hat. Sich damit zu brüsten, Photovoltaik auf städtische Gebäude und auch auf die Gebäude privater Haushalte zu bringen, was wir Grünen bereits vor vielen Jahren mehrfach beantragt hatten, reicht für eine ambitionierte Politik einfach nicht mehr aus.

Wir sind im wahrsten Sinne des Wortes desillusioniert. Wo ist die versprochene Gesprächsbereitschaft, wo der Wille zum Kompromiss?

Hier verdeutlicht ein Stromberg Zitat die widersinnige Situation:

“kann-nicht wohnt ja nun meistens in der will-nicht Straße.”

Ich muss an dieser Stelle leider an meine Worte des letzten Jahres erinnern.

Wir alle sind Ehrenämter, die grundsätzlich das gleiche Ziel haben - das unterstelle ich im besten Sinne jeder einzelnen Person in diesem Raum: Das Wohl unserer Stadt und unserer BürgerInnen. Wir alle zusammen bilden ein Spiegelbild unserer Bürgerschaft ab. Wir alle wurden als Vertreter der Bürgerschaft gewählt. Wir alle haben eine Berechtigung hier zu sitzen, sind das Sprachrohr der WählerInnen.

Da scheinen doch Worte wie die des Bürgermeisters in der Sitzung des letzten Haupt- und Finanzausschusses fast schon ironisch: "Es gab ausreichend Zeit zum Diskutieren. Weitere Erläuterungen sind überflüssig."

Es geht uns hier um einen respektvollen Umgang miteinander und wenn Anträge grundsätzlich abgelehnt werden, wenn sie von bestimmten Fraktionen kommen, dann krankt das System.

An Überheblichkeit ist es manchmal kaum zu übertreffen, wie die Argumentationen und das Selbstverständnis von CDU und des Bürgermeisters sind. Keiner ist umweltfreundlicher, keiner ist sozialer, keiner wirtschaftlich pfiffiger, keiner besser informiert und natürlich ist keiner näher an den BürgerInnen dran.

Was es bedeutet, wenn man nur in seiner eigenen Blase unterwegs ist, hat im letzten Jahr, die von den BürgerInnen geführte Diskussion um die Bäume und den geplanten Wohnmobilparkplatz an der Pferdewiese gezeigt:

Alle Sachargumente, die die BürgerInnen angeführt haben, wurden von uns und der SPD in den Beratungen bereits angeführt, aber von der Mehrheitsfraktion wie erwähnt vom Tisch gefegt.

Es bedurfte erst der Unterschriften von fast eintausend Menschen, um die CDU und den Bürgermeister zum Einlenken zu bewegen.

Was können die BürgerInnen von Lüdinghausen daraus lernen? Für den Bürgermeister und die CDU-Fraktion zählen Sachargumente offenbar immer nur dann, wenn Sie zu ihrer eigenen vorgefassten Meinung passen.

Da fallen gerne Sätze wie: "WIR sind gut aufgestellt." "Wir sind da bereits auf dem Weg." Unsere Anregungen werden da offenkundig nicht mehr benötigt.

Aber Bedürfnisse und differenzierte Meinungen mit einer Handbewegung einfach zur Seite zu wischen und die alleinige Handlungshoheit vor sich herzutragen, dient eben keiner gesunden Streitkultur.

Aber wenden wir uns jetzt den Sachthemen zu.

In Lüdinghausen haben sich die Mieten allein im Jahr 2021 um 9,9 % erhöht - und sind damit noch stärker gestiegen als in Münster und sogar in ganz Deutschland.

Das mangelnde Angebot an Wohnraum beeinträchtigt mittlerweile auch unsere wirtschaftliche Entwicklung. Unsere Unternehmen und sozialen Einrichtungen wie zum Beispiel das Krankenhaus suchen händeringend für Ihre Mitarbeiter nach bezahlbaren Wohnungen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Eine Ursache für diesen dramatischen Wohnraumangel ist die jahrzehntelange Bevorzugung von Einfamilienhäusern durch die Mehrheitsfraktion. Um für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen haben wir gemeinsam mit der SPD angeregt mit einer kommunalen

Wohnungsbaugesellschaft mehr an Einfluss auf den Wohnungsmarkt zu nehmen. In gewohnter Manier haben FDP und CDU dieses Ansinnen abgelehnt. Wer hier immer noch an die Selbstregulierung des Wohnungsmarktes glaubt, der hat die Sorgen und Nöte der Wohnungssuchenden nicht auf dem Schirm.

Denken Sie daran: Bezahlbarer Wohnraum für alle ist ein Menschenrecht.

Die Schaffung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft wäre ein erster Schritt gewesen, das Heft des Handelns wieder selbst in die Hand zu nehmen.

Aber auch da lautet das Kredo wieder: “Es wird schon alles gut gemacht”, Veränderungen sind unerwünscht und aus Sicht der Mehrheitsfraktion hat nur diese selbst den Blick für den richtigen Weg.

Aber ein Veränderungsprozess muss JETZT angestoßen werden, das wurde in den letzten Jahrzehnten verpasst. Nun müssen wir mit den Folgen einer verfehlten Wohnungspolitik leben. Kurzfristig gibt es keine befriedigenden Lösungen.

Im Übrigen wird das Problem eben nicht dadurch gelöst, großzügige Ausweisungen neuer Baugebiete zu fordern, damit hauptsächlich mehr Einfamilienhäuser entstehen. Diese Parzellen sind oft so üppig zugeschnitten, das auf diesen auch Mehrfamilien- oder zumindest Doppelhaushälften hätten entstehen können. Fläche wird immer mehr zum kostbaren Gut, wir müssen damit sorgfältig umgehen.

(Eckart Grundmann)

Wie sieht es bei den **kommunalen Finanzen** aus?

Ja, die wirtschaftlichen Rahmendaten sind erschreckend und verheißen für die nächsten Jahre wirklich nicht Gutes. Weltweit wurden zur Krisenabwehr die Märkte mit staatlichem Geld aufgeschwemmt, die aktuell hohe Inflationsrate ist der Preis, den wir dafür zahlen müssen. Der verheerende Angriffskrieg Putins in der Ukraine wird uns zudem weitere erhebliche Lasten aufbürden. Das alles muss natürlich auch seinen Niederschlag im städtischen Haushalt finden.

Trotzdem ist das Bild von der “armen Stadt Lüdinghausen”, das insbesondere die CDU gern zeichnet, völlig realitätsfern. Von den letzten 10 Haushaltsjahren haben sage und schreibe 9 einen positiven Jahresabschluss stets im Millionenbereich vorzuweisen. Lediglich der Abschluss für 2022 wird diese Positiv-Serie wohl unterbrechen. Genaue Zahlen zur Höhe des Defizits konnte uns Herr Heitkamp in der jüngsten HFA-Sitzung allerdings noch nicht nennen. Fest steht nur, dass der Jahresabschluss – wie praktisch immer – besser ausfällt als geplant. Da beschleicht uns schon der Verdacht, dass dies nur geschieht, um nicht genehme Vorschläge aus dem politischen Raum mit dem Argument der fehlenden Finanzierbarkeit zurückweisen zu können.

Der CDU-Antrag auf Einstellen eines Sperrvermerkes für einen Teilbetrag der Sach- und Dienstleistungen in Höhe von rund 600.000 EUR – auf den die FDP dann “noch einen draufsetzen” durfte – ist an Kuriosität wie Absurdität kaum zu überbieten. Zu Recht forderte Kämmerer Armin Heitkamp die Antragstellerin auf, doch dann bitte schön auch zu sagen, welche politischen Maßnahmen gewollt seien, und welche eben nicht. Unser Bürgermeister blieb ob dieser offenkundigen Misstrauensbekundung gegenüber der Verwaltung stumm wie ein Fisch, auch mal eine schöne neue

Erfahrung. Was wäre wohl passiert, wenn dieser Antrag von einer Fraktion eingebracht worden wäre, deren politische Farbe nicht der des Bürgermeisters entsprochen hätte?

Und die CDU muss sich hier schon die Frage gefallen lassen, welche Strategie sie mit ihrer Schwarzmalerei eigentlich verfolgt? Oder unterliegt sie schlichtweg einem fundamentalen Realitätsverlust?

Unsere Fraktion sieht daher auch nicht, dass Lüdinghausen aktuell ein finanzielles Jammertal durchschreitet, wie es uns die CDU glauben machen will. Wir sind vielmehr überzeugt, dass auch weiterhin wichtige Investitionsvorhaben von der Stadt für die Bürgerschaft gestemmt werden können und müssen.

Zu diesen Vorhaben zählt jetzt an vorderster Stelle ein funktionierendes wie funktionales **Hallenbad**, das

- den Schul- und Vereinssport sicherstellt,
- Menschen ermöglicht, schwimmen zu lernen und
- einer älter werdenden Gesellschaft die Möglichkeit für adäquate Rehabilitations-Angebote eröffnet.

Ein solches Neubau-Projekt ist kein Luxus, sondern gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge – Ausrufezeichen!!!

Nachdem der juristische Streit über die mangelhafte Sanierung des Bades zu Gunsten unserer Stadt entschieden worden ist und in Kenntnis der Tatsache, dass wir in diesem Jahr eine Entscheidung über eine Bauvariante zu treffen haben, müssen wir als Rat jetzt klare Signale senden. Und die heißen: Der Badbetrieb wird unterbrechungsfrei sichergestellt. Deshalb wird die voraussichtlich erforderliche Investitionssumme transparent im Haushalt abgebildet – zunächst durch eine “Sonderrücklage Hallenbad”. Unsere Fraktion hält es für angemessen, hierfür 15 Mil. EUR vorzusehen. Logisch, dass als nächster Schritt das Investitionsvorhaben Niederschlag in der mittelfristigen Finanzplanung finden muss. Darüber wird bei den Etatberatungen 2024 zu befinden sein. Und wir dürfen uns auch schon einmal Gedanken zur Folgenutzung des alten Bades machen. Denn ein Abriss des Bestandsgebäudes scheint uns nach derzeitigem Kenntnisstand weder zwingend noch sinnvoll.

Die **Burg Wolfsberg** wartet noch immer darauf, aus dem Dornröschenschlaf geweckt zu werden. Leider wurden Initiativen bzw. Anträge unserer Fraktion zur Durchführung eines Ideenwettbewerbs für die Folgenutzung der Burg oder zur Erstellung eines Berichtes über den Zustand der Bausubstanz im Februar und April des Jahres 2021 abgelehnt. Umso erstaunter waren wir, dass unsere Verwaltung dann trotzdem eineinhalb Jahre später den Architekten Christoph Ellermann zu eben diesen Themen im Fachausschuss vortragen ließ. Hier wird, wie eingangs der Rede bereits erwähnt, das Schema deutlich, wie die CDU-Mehrheit im Zusammenspiel mit der Verwaltungsspitze Initiativen aus der Opposition gerne umgeht: Schnell vom Tisch fegen, um sie dann nach Verstreichen einer Schamfrist als eigene Idee zu verkaufen.

Aber uns geht es um die Sache. Da ist zunächst einmal der substanzielle Erhalt, für den ausreichende Mittel vorzusehen sind. Unsere Fraktion ist weiterhin nicht überzeugt, dass hier wirklich genug getan wird. Und dann die künftige Zweckbestimmung in Verbindung mit der Aufwertung und Weiterentwicklung des gesamten Umfeldes. Wir können uns hier viele Nutzungen vorstellen, zentraler Punkt ist, dass die Bürgerschaft bei diesem für Lüdinghausen identitätsstiftenden Projekt einbezogen wird und das Gebäude für die Öffentlichkeit erlebbar wird. Dafür werden wir uns unverändert einsetzen. Denn diese Burg ist Teil des Markenkerns von Lüdinghausen, Stadt der Wasserburgen.

Auch beim **Klimaschutz** geht es um die Sache und daher haben wir es wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass unser Bürgermeister jetzt auf einmal Klimaneutralität bis 2033 erreichen will. Erinnern wir uns: Noch bei der Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes in 2020 wollte er über konkrete Reduktionsziele nicht einmal reden. Selbst die seinerzeit zugesagte Bilanz, dass nämlich erstmals im Jahr 2022 festgestellt wird, wie groß die bislang erzielten Einsparungen ausfallen, lässt auf sich warten. Ich erinnere Herrn Bürgermeister Mertens in diesem Zusammenhang an den Punkt 5 des mühsam ausgehandelten Kompromisses bei der Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes im Rat am 17.12.2020, der die Erstellung dieser Bilanz explizit zum Gegenstand hatte.

Wir sind es leid, zugesagten Informationen ständig hinterherlaufen zu müssen. So funktioniert eine professionelle und konstruktive Zusammenarbeit nicht.

Entlarvend ist, dass bei den Beratungen die meisten unserer etatwirksamen Klima-Initiativen mit der Begründung abgeschmettert wurden, dass die Kosten für die Maßnahmen doch bereits im Etatentwurf berücksichtigt seien, auch wenn sie nicht konkret benannt werden.

Aber genau darum geht es ja: durch konkrete Vorhaben entsteht Verbindlichkeit. Mit der Ablehnung wird deutlich, dass man sich nicht an konkreten Maßnahmen messen lassen will.

- Mittel für die kommunale Wärmeplanung - überflüssig!
- Überarbeitung des Klimaschutzkonzeptes, um die jetzt für 2033 angestrebte Klimaneutralität zu erreichen - überflüssig!
- Aufstockung der Mittel für den Klimaschutzmanager - überflüssig!

Doch in Sachen Klimaschutz kann unser Bürgermeister noch ganz andere Verhaltensregister ziehen. Geld zur Verbesserung des Stadtklimas sei nicht erforderlich, behauptet er. Er wisse auch gar nicht, was damit gemeint sein könne. Hand aufs Herz, spricht so jemand, der eigenen Angaben zufolge nicht mit dem Kopf auf der Heizung schläft?

Auch wenn es um Beschlüsse geht, die nicht sofort Ausgaben nach sich ziehen, ist die klimapolitische Frostigkeit im politischen Raum frappierend. Windkraft soll – oder ist es korrekter zu sagen darf – in Lüdinghausen beim Klimaschutz keine Rolle spielen. Wie anders lässt sich erklären, dass unser Antrag auf Aufnahme dieses Themas in den Maßnahmen- und Investitionsplan abgelehnt wurde?

Stellen wir also fest: Es fehlt nach wie vor eine klare Priorisierung “pro Klimaschutz” und insbesondere der politische Wille der Ratsmehrheit, Dinge zum Besseren zu verändern.

Der Bürgermeister hat eine verzerrte Wahrnehmung von sich selbst und sieht sich an der Spitze der lokalen Klimabewegung, quasi ein “Klima-Kleber”. Dabei ist er doch eher jemand, der den schönen Schein pflegt und sich damit begnügt, Ideen und Aktivitäten anderer mit seinem Etikett oder Aufkleber zu versehen. Damit gehört er jedoch mehr zur Spezies der Klima-**Aufkleber**.

Wie wenig der Wille zu einer substantziellen Änderung auch in anderen Bereichen wie zum Beispiel der **Mobilität** besteht, wird schnell anhand zweier Punkte deutlich, die wir im Zuge der Diskussion des Investitions- und Maßnahmenplanes zur Abstimmung gestellt haben:

- Pkw-Parkmöglichkeiten für die Innenstadt
- Planung und Bau der „Ost-Tangente“ Lüdinghausen

Klimagerechte Mobilität heißt: Wir müssen den Pkw-Verkehr reduzieren, da er teuer ist, viel Energie benötigt und auch viel Platz. Diese Ressourcen brauchen wir nämlich für andere Zwecke oder müssen sie einsparen. Deshalb werden wir langfristig den Platz für Pkw-Stellplätze reduzieren müssen und wir haben auch keine Finanzmittel mehr, um weiter Straßen für den Pkw und Lkw dazu zu bauen. Folglich haben derartige Maßnahmen in einer zukunftsorientierten Maßnahmenplanung keinen Platz!

Ich fasse zusammen:

Der Bürgermeister hat ganz offenkundig kein Interesse daran, für breite Mehrheiten im Rat zu streiten. Stattdessen gefällt er sich damit, sich mehr oder weniger öffentlichkeitswirksam als Macher zu inszenieren. Das “WIR” von dem er so gerne spricht, entpuppt sich im politischen Tagesgeschäft als bloße Maskerade. (KUNSTPAUSE!) Schade.

In Lüdinghausen fehlt bezahlbarer Wohnraum. Private Investoren allein werden das Problem nicht lösen. Die Stadt ist jetzt gefragt, als zusätzlicher Akteur mit einer kommunalen Gesellschaft auf den Plan zu treten. Es ist so unverständlich wie empörend, dass die Ratsmehrheit die fraktionsübergreifende Initiative von SPD und GRÜNEN abmeiert.

Beim Klimaschutz, der zentralen Zukunftsaufgabe, ist leider wenig Substantielles zu erkennen. Die Absichtserklärung unseres Bürgermeisters, bis 2033 klimaneutral sein zu wollen, hören wir wohl. Allein uns fehlt der Glaube, dass mit der Ressourcenausstattung dieses Ziel zu erreichen ist. Es fehlt an Managementstrukturen, die es ermöglichen, den Prozess gezielt zu steuern. Wir befinden uns gewissermaßen im klimapolitischen Blindflug!

Die Änderungsvorschläge der Mehrheitsfraktion verlieren sich im klein-klein, die Einrichtung eines Sperrvermerkes auf einen nennenswerten Teil der Sach- und Dienstleistungskosten lässt Konzeptions- und Ratlosigkeit erkennen, wie mit den Herausforderungen dieser Zeit umzugehen ist.



Wir sehen nicht, dass dieser Haushalt für die großen Zukunftsaufgaben gewappnet ist.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt die vorgelegte Haushaltssatzung und das Produktbuch 2023 daher ab.

- Es gilt das gesprochene Wort -



1 **Haushaltsrede für den Haushalt der Stadt Lüdinghausen 2023**

2 **SPD-Fraktion, Niko Gernitz**

3 **Sitzung des Stadtrates am 23.02.2023**

4

5 *Es gilt das gesprochene Wort.*

6

7 Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mertens,

8 sehr geehrter Herr Beigeordneter Kortendieck,

9 sehr geehrter Herr Kämmerer Heitkamp,

10 sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

11 liebe Ratskolleginnen und -kollegen, meine Damen und Herren,

12 sehr geehrte Vertreter der Presse!

13

14 Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt der Lüdinghausen sieht sich Jahr für Jahr wieder darin
15 verbunden, sich in die Haushaltsberatungen konstruktiv und zukunftsorientiert einzubringen.

16 Im vergangenen Jahr trugen wir den Wunsch nach sozialem, ökologischen und
17 verantwortungsvollen Fortschritt in diese Beratungen hinein und konnten letztlich vor allem
18 die sozialpolitischen Stärken des Haushaltsentwurfs 2022 ausschärfen. Dies mündete in einer
19 Zustimmung zum Haushaltsplanentwurf; eine Zustimmung, die auch einige Bauchschmerzen
20 mit sich brachte, die wir aber im Handeln und mit Ankündigungen der Stadtverwaltung geheilt
21 sahen.

22 Nun steht ein neues Haushaltsjahr an. 2023 sei nicht leicht zu planen gewesen, so
23 Bürgermeister Ansgar Mertens in seiner Haushaltsrede. Die Umstände unserer Zeit, die Folgen
24 des russischen Angriffskriegs, welche vor allem horrenden Preissteigerungen verursachen,
25 treffen uns hart und machen die Herausforderungen für unsere Zukunft schwer zu kalkulieren.
26 Für die Sozialdemokratie unserer Stadt möchte ich aber hervorheben, dass es Aufgabe der
27 öffentlichen Hand sein muss, Sicherheit und Zukunftschancen in gerade solchen ungewissen
28 Zeiten multipler Krisen in die Bürgerschaft zu tragen. Dieser Verantwortung möchten wir uns

29 nicht verweigern, sondern auch mit der möglichen Zustimmung der SPD-Fraktion für den
30 Haushaltsentwurf deutlich berücksichtigt wissen.

31 Im Bundestag gilt die Strucksche Weisheit, dass kein Gesetz das hohe Haus so verlasse, wie es
32 eingebracht worden war. Eine Parallele kann man auch zum städtischen Haushalt für
33 Lüdinghausen und Seppenrade ziehen: Anregungen, Anträge und letztlich Beschlüsse der
34 Fraktionen haben gerade bei diesen Haushaltsberatungen ordentlich am Ergebnis gerüttelt.
35 Dabei stellen wir fest, dass vor allem die Bewertung des zu erwartenden Jahresdefizits in den
36 Fraktionen sehr unterschiedlich verlaufen ist.

37 Ohne die Anträge der Fraktionen zu berücksichtigen, hat sich das Jahresergebnis bereits
38 verbessert. Zu dieser Verbesserung hat ausdrücklich nicht die schwarz-grüne Landesregierung
39 beigetragen. Hendrik Wüsts Landesregierung lässt unsere Schlüsselzuweisungen auf einen nur
40 noch knapp 7-stelligen Betrag sinken, die hinzuzurechnenden Mehrkosten für die Ukraine-
41 Flüchtlinge sowie die Kosten der Bewältigung der Covid19-Pandemie werden mit bilanziellen
42 Tricks ausgeblendet und sind in der Realität doch da: Keine echte Hilfe aus Düsseldorf in solch
43 schwierigen Zeiten. Echtes Geld kommt aus Berlin: Die Bundesregierung senkt mit der
44 Strompreisbremse und der Gaspreisbremse die Aufwendungen des städtischen Haushalts um
45 etwa 730.000 Euro. Zudem verbessert der Verzicht des Kreises Coesfeld auf einen Teil der
46 geplanten Kreisumlage das Ergebnis um 331.000 Euro.

47 Ein realer Beitrag kommt auch von den Bürgerinnen und Bürgern. Ihre
48 Einkommenssteueranteile sind ein solider und starker Beitrag zum städtischen Haushalt und
49 das trotz der deutlichen Senkung dieser Steuer durch die Bundesregierung, ist mit
50 Mehreinnahmen gegenüber 2022 zu rechnen. Ein besonders deutungsvoller Blick in die
51 Glaskugel ist bei der Gewerbesteuer zu erwarten. Unser Kämmerer, Armin Heitkamp, sprach
52 von „einer vorsichtigen (...) Prognose“, die er mit dem Gewerbesteueransatz veranschlagt
53 habe. Die Werte der Vergangenheit zeigen, dass hier Überraschungen möglich sind. Es ist
54 richtig, dass man Überraschungen nicht einplanen kann. Jedoch ist an dieser Stelle, ebenso
55 wie bei vielen Posten im Bereich der Aufwendungen und Investitionen, damit zu rechnen, dass
56 der Haushalt am Ende doch deutlich besser dasteht. Zuletzt wurde das Jahr 2021 abgerechnet,
57 das 5,7 Millionen Euro Plus in die Stadtkasse spülte. Auch für 2022 ist wohl mit einem besseren
58 Ergebnis zu rechnen, als kalkuliert. Damit steigt die Summe im städtischen Sparschwein, der
59 sogenannten Ausgleichsrücklage, auf bald 40 Millionen Euro.

60 Unter diesen Ausgangsvoraussetzungen erkennt die SPD-Fraktion durchaus Potentiale, die
61 Sicherheit und Zukunftschancen, die ich eingangs erwähnte, in uneingeschränktem Maße mit
62 dem Haushaltsplan 2023 umzusetzen. Die Bürgerinnen und Bürger setzen darauf, dass unsere
63 Stadt in der Krise handlungsstark und zukunftsorientiert ist.

64

65 **Wir möchten Zukunftschancen für alle.**

66 Wohnen, Bildung, Teilhabe, Sport und Ehrenamt müssen in dem Maße gefördert werden, dass
67 alle Menschen gute Voraussetzungen vorfinden, um in Lüdinghausen und Seppenrade gut
68 leben, arbeiten oder auch sozial für unseren Zusammenhalt wirken können. Der Haushalt gibt
69 sehr gute Impulse bei den Investitionen in unsere Schulen, die Fortführung des
70 Medienentwicklungsplans, die Zuschüsse für Jugendarbeit und Vereine, den Bau der
71 Umkleiden am Lüdinghauser Stadion, die Verwirklichung der Seppenrader Feuerwache und
72 vielen anderen Punkten. Es gibt jedoch auch wesentliche Punkte, die ein Mitwirken am
73 gesellschaftlichen Leben überhaupt erst möglich machen. Wir als SPD-Fraktion wünschen uns
74 im Einklang mit einem FDP-Antrag aus 2022, dass der Ausbau der offenen Ganztagsbetreuung
75 priorisiert umgesetzt wird, um dem Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz 2025 rechtzeitig
76 gerecht zu werden. Unsere Familien brauchen Handlungssicherheit. In dem Sinne hätten wir
77 auch gerne mehr Familien von den Elternbeiträgen befreit, um vor allem zuerst
78 Geringverdienern den Schritt in die Gebührenfreiheit zu ermöglichen und Familien die
79 Bürokratie zu ersparen, Nachweise für eine Prüfung der Gebührenbefreiung zu erbringen.
80 Leider fand dies keine Mehrheit.

81 Ganz im Gegenteil wurden bereits bei den Gebührenentscheidungen im vergangene Jahr stets
82 die Lösungen beschlossen, die für die Einwohner nachteilig sind, sodass die Bestattungs- und
83 Abwassergebühren in Lüdinghausen und Seppenrade höher sind als sie aus Sicht der SPD-
84 Fraktion sein müssten. Auch bei der Gebührensatzung für die Abfallentsorgung wäre aus
85 unserer Sicht eine Gestaltung in dem Sinne ökologisch und sozial vorteilhaft gewesen, die
86 kleine Restmülltonnen für müllervermeidende Einwohner und eine Sperrgutabfuhr vor allem
87 im Sinne der Menschen, die nicht mobil sind, vorteilhaft gewesen. Doch auch hier sperrte sich
88 die konservative Mehrheit. Dies sind jedoch aus unserer Sicht vergleichsweise kleine
89 Kostenplätze mit großem Nutzen.

90 Stattdessen beschloss der Finanzausschuss auf Antrag der FDP und auch mit den Stimmen der
91 CDU, die Ansätze für Sach- und Dienstleistungsaufwendungen in Teilen zu sperren. In der
92 Sorge um eine unbegründete Haushaltsschieflage und in bildreichen Beiträgen – die den
93 Lüdinghauser Haushalt mehr als jenen einer Haushaltssicherungskommune erscheinen ließen,
94 als das, was er tatsächlich ist: Grund solide und weiterhin fähig, mit einem solventen Ergebnis
95 zu schließen – hat man damit das Messer an die Handlungsfähigkeit unserer Stadt gelegt.
96 Einerseits muss man erklären, dass sich hinter solchen Aufwendungen vor allem Mittel
97 verbergen, die soziale Tätigkeiten (z.B. Schulsozialarbeit, Zuschuss zum Biologischen Zentrum,
98 Gelder für Ferienfreizeiten uvm.) oder Digitalisierungsmaßnahmen ermöglichen, weshalb eine
99 pauschale Teilsperre gerade in diesen Zeiten absolut abstrus wirkt. Umso abstruser, wenn
100 der Kämmerer selbst anmerkt, dass die verwaltungsseitige Umsetzung kaum möglich sei und
101 mit viel Bindung von Ressourcen einhergeht. Es ist geradezu ineffizient! Zum anderen ist hier
102 aber ein massiver Vertrauensverlust der CDU gegenüber unserer Stadtverwaltung zu
103 interpretieren, da eine Mittelfreigabe nur mit ihrer Mehrheit und unter ihrer Kontrolle im
104 Stadtrat möglich ist. Die SPD-Fraktion kann nicht erkennen, dass sich die Stadt Lüdinghausen
105 in den vergangenen Jahren in irgendeiner Form dermaßen in den Sach- und
106 Dienstleistungsaufwendungen übernommen hätte, als dass diese Maßnahme angemessen
107 oder nachvollziehbar wäre. Dadurch, dass die Mehrheitsfraktion nun über Kleinmaßnahmen
108 entscheiden möchte, beschneidet sie die schnelle und notwendige Handlungsfähigkeit der
109 Stadtverwaltung in einer Zeit, in der die Menschen auf starkes und zügiges Handeln setzen.

110 Eigene, selbstverantwortliche Handlungsperspektiven hätten wir uns auch für die
111 Lüdinghauser und Seppenradener Jugend gewünscht, indem wir ihnen im Rahmen der
112 bestehenden Jugendbeteiligungsformate Möglichkeiten erörtert hätten, die in einem
113 Jugendbeirat münden.

114 Vertrauen schafft Perspektiven für die Zukunft. Diese Perspektiven braucht vor allem unser
115 Hallenbad. Rückblickend haben CDU und FDP zu verantworten, dass mit einer Missglückten
116 Public-Private-Partnership – trotz aller Warnungen auch aus der SPD-Fraktion – die Sanierung
117 fehlgeschlagen ist. Wir müssen diesen Rückblick wagen, um in der Zukunft die richtigen
118 Entscheidungen zu treffen. Nachdem es endlich einen Vergleich gegeben hat, blicken wir nun
119 wieder nach vorn. Richtigerweise hat der Bürgermeister die Bedarfsanalyse angestoßen, die
120 nun Ausgangslage für die Beschlüsse sind, die – unserer Meinung nach – einen Neubau des
121 Klutenseebades zur Folge haben müssen. Nur ein nahtloser Bäderbetrieb garantiert das

122 Schulschwimmen und die Arbeit der DLRG. Schwimmenlernen muss eine Priorität haben.
123 Daher stehen wir auch dazu, die investiven Mittel für den Bau eines Schwimmbades im
124 Haushalt konkret abzubilden – damit die Menschen wissen, dass alle vor Ort zum
125 Schwimmenlernen oder auch für Freizeitzwecke dauerhaft ein Schwimmbad zur Verfügung
126 haben. Damit alle die Chance erhalten, teilzuhaben.

127 Teilhabe muss aber auch durch bezahlbares Wohnen garantiert werden. Durch unsere
128 bisherige Baupolitik verschärfen wir die Verdrängung von Familien mit geringen Einkommen
129 und ohne Vermögen, die auf eine bezahlbare Mietwohnung angewiesen sind. Unser
130 Wohnungsmarktbericht, den wir seit 2022 auf SPD-Antrag von Herrn Prof. Dr. Vornholz
131 vorliegen haben, zeigt vor allem in seiner aktualisierten Version auf, dass sich die Bedürfnisse
132 geändert haben. Damit in dieser Stadt alle Menschen eine Zukunft haben, braucht es mehr
133 Mietwohnungen und auch solche mit einer Sozialpreisbindung. Zwar mögen erste artikulierte
134 Vorhaben der Stadtverwaltung in Nuancen den richtigen Weg ebnen. Dennoch müssen wir
135 mehr Kraftanstrengungen unternehmen, bezahlbares Wohnen zu schaffen. Gemeinsam mit
136 der Grünen-Fraktionen hatten wir daher den Pfad für eine städtische
137 Wohnungsbaugesellschaft eröffnen wollen, damit Wohnungen geschaffen werden, die quasi
138 allen in dieser Stadt gehören und Wohnen für alle ermöglichen. Man hat sich mehrheitlich
139 dagegen entschieden, da man dem Glaubenssatz verfällt, der freie Markt regle alles. Dass er
140 dies nicht tut, sieht man in der Realität, die vielen Menschen eiskalt entgegensteht. So
141 entstehen keine Zukunftschancen für alle – sondern nur für die, die es sich leisten können.

142 Selbstverständlich stehen wir zu der Siedlungsentwicklung, die der aktualisierte
143 Wohnungsmarktbericht ausweist. Wohnraum soll in sinnhafter und städtebaulich-
144 angemessener Weise auch in Neubaugebieten geschaffen werden können. Dabei brauchen
145 wir auch hier mehr Wohnungen im gleichen Gebiet, um mehr Menschen mit Wohnraum zu
146 versorgen und den aktuellen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Eine gute Baupolitik benötigt
147 gute Infrastruktur und eine ortskernahe Entwicklung. Diese sehen wir bei dem Baugebiet
148 Baumschulenweg-Ost nicht gegeben. Viele Bürgerinnen und Bürger haben damals im
149 Fachausschuss zurecht der Ausweisung dieser Fläche als Baugebiet „in die Fläche“
150 widersprochen. Wir sehen das Vorhaben aufgrund der infrastrukturell schwierigen Lage, den
151 naturräumlichen Gegebenheiten sowie der Peripherie sehr kritisch. Auch der Experte für
152 unseren Wohnungsmarktbericht sagte deutlich: „Nach dem Baugebiet Aabach ist im Großen
153 und Ganzen Schluss.“ Der Baumschulenweg-Ost fand im Bericht gar keine Erwähnung. Die

154 mahnenden Worte, Infrastruktur und Folgekosten solcher Baugebiete im Blick zu behalten,
155 haben CDU und FDP scheinbar ignoriert. Bauland um jeden Preis kann auch nicht die Lösung
156 des Problems sein, um die Fehler der laufenden und bisherigen Baupolitik auszubügeln.

157

158 **Wir stehen für eine klimaneutrale Zukunft.**

159 2033 sollen Lüdinghausen und Seppenrade klimaneutral sein. Diese Botschaft war eine
160 besondere und wichtige Neuigkeit in der Haushaltsrede des Bürgermeisters. Es liegt auch in
161 der Hand des neuen Klimaschutzbeauftragten, dieses Ziel mit Maßnahmen zu füllen. Mit einer
162 gemeinsamen Klimaresolution hätte man den mahnenden Worten des bisherigen
163 Klimaschutzkonzepts begegnen können, sich offen für die Energiewende zu zeigen. Doch
164 hinter dieser gemeinsamen Idee konnte sich keine Mehrheit versammeln. Jüngst öffentlich im
165 Hauptausschuss positionierte sich eine konservative Mehrheit gegen die Forcierung der
166 Windkraft für unseren Maßnahmenkatalog. Damit ist aber noch nicht alles gesagt: Gleichzeitig
167 ist auch die schwarz-grüne Landesregierung erneut keine Hilfe. Mit der Aufrechterhaltung des
168 starren und willkürlichen Abstandserlasses und mit den fehlenden klaren gesetzlichen
169 Rahmenbedingungen wird der Windenergieausbau auch bei uns gehemmt und verzögert.
170 Dieser mögliche Ausbau ist dabei ein Garant für lokale Wertschöpfung, dessen Gewerbesteuer
171 sicherlich klimaneutraler ist als die 1 Million Euro für den Ankauf zusätzlicher
172 Gewerbegrundstücke, die die CDU in den nun zur Abstimmung gestellten Entwurf schreiben
173 ließ, obwohl dies dem eigenen Aufruf zum Sparen widerspricht und man doch meinen sollte,
174 die Stadtverwaltung könne bei der Aufstellung des Haushalts selbst einschätzen können,
175 welche Ankaufgelegenheiten anstehen. Gewerbegrundstücke sind ein Subventionsgeschäft,
176 dessen Erträge mit Spekulation in einem guten Jahrzehnt erwartet werden dürften.
177 Umsichtige Industriepolitik ist richtig, jedoch sollten wir die Prioritäten schärfen.

178 Wichtig und richtig ist: Vor allem durch die Produktion erneuerbaren Stroms können wir das
179 rechnerische Ziel der Klimaneutralität bis 2033 erreichen. Vor allem im Gebäude- und
180 Verkehrsbereich werden wir so schnell keine sehr großen Mengen CO2 einsparen können. Mit
181 der vorgeschlagenen Wärmeplanung und dessen Mittel für den Haushalt hätte man erste
182 Fortschritte machen können, und auch die PV-Pflicht muss in die Bebauungspläne, da die
183 privatrechtlichen Herangehensweisen zu wenig Sanktionsspielräume zulassen.

184 Die SPD-Fraktion begrüßt auch die Fortschritte für die Stadtfeldstraße, die als Fahrradstraße
185 ausgebaut wird. Wir halten Fahrradstraßen für ein begrüßenswertes Mittel. Je präserter diese
186 in der Stadt werden, desto stärker wird sich das Nutzerverhalten auch verändern. Der
187 verkehrsberuhigte Ausbau des Abschnitts der Stadtfeldstraße ab der Ostensteve bis zum
188 Hermann-Stehr-Straße müsste jedoch auch als investive Maßnahme in den Haushalt
189 aufgenommen werden; ebenso die Sanierung des Steverseitenwegs zwischen Stadtfeld- und
190 Mühlenstraße. Beide Verkehrswege müssen angepackt werden.

191 Die von der CDU beantragte Überführung der Kosten für die Instandsetzung der Bürgersteige
192 an der Hans-Böckler-Straße in den Ansatz für die allgemeinen Instandhaltungsmaßnahmen
193 von Straßen und Wege mag die Zahlen etwas schönen, jedoch wird so Instandhaltung an
194 anderer Stelle verzögert, was langfristig keine Ersparnis darstellt. Je länger man wartet, desto
195 teurer wird es und so größer ist der Leidensdruck der Nutzerinnen und Nutzer. Wir sollten die
196 Instandhaltung unserer Infrastruktur nicht zurückfahren, sondern auf dem Kurs bleiben, der
197 von der Stadtverwaltung vor- und eingeschlagen wurde.

198 Als SPD-Fraktion möchten wir dabei ausdrücklich die angestoßenen Maßnahmen für
199 Seppenrade unterstützen, die den Ort zukunftsstark machen und unter Einbindung der
200 Bürgerschaft fortgeführt werden. Ebenso wie die Perspektive für eine Flächen-Photovoltaik
201 im Ondrup, die fahrradfreundliche Gestaltung der Bundesstraße und ein attraktiver
202 Lückenschluss im Radwegenetz der Borkenberge machen Hoffnung in kleinen Schritten
203 überall im Stadtgebiet der angestrebten Klimaneutralität gerecht zu werden. Für dieses Ziel
204 brauche es keine zusätzlichen Budgets in diesem Haushaltsjahr; so der Tenor, von dem wir
205 hoffen, dass er uns wirklich mit konkreten, abgestimmten Kompositionen den Weg zur
206 Klimaneutralität 2033 ebnen wird.

207 **Alle Bürgerinnen und Bürger sollen mit Blick auf ihre Stadt positiv in die Zukunft schauen**
208 **können. Sie sollen in einer Stadt leben können, die alle Chancen für eine gute,**
209 **enkeltaugliche Zukunft ermöglicht.**

210 Dieses Bild komplettieren auch die Beschäftigten der Stadtverwaltung. Ein Teil der Stellen
211 bleibt oftmals unbesetzt, was das Jahresergebnis des städtischen Haushalts sicher wieder
212 einmal verbessern wird, aber für das vorhandene Personal eine zusätzliche Belastung
213 bedeutet. Die Bundesregierung ermöglicht zudem steuerfreie Inflationsprämien als
214 Einmalzahlung. Diese waren Bestandteil vieler aktueller Tarifabschlüsse neben den relativen

215 Erhöhungen. Diese Kennzahlen als Grundlage für unsere Haushaltsplanungen aufzunehmen,
216 wäre aus unserer Sicht richtig gewesen.

217 Wir danken in diesem Zusammenhang allen Verwaltungsmitarbeitern, unserem Kämmerer
218 Armin Heitkamp und seinem Team, dem Bürgermeister sowie allen seinen Beschäftigten für
219 ihren Dienst; im Speziellen dafür, die Aufstellung, Beratung und Vorlage dieses Haushalts
220 ermöglicht zu haben. Vor allem die Möglichkeit des FAQ-Systems haben die Beratungen
221 effizient unterstützt. Herzlichen Dank!

222

223 Wir kommen zum Abschluss dieser Haushaltsrede.

224 Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

225 liebe Kolleginnen und Kollegen,

226 werte Bürgerinnen und Bürger,

227 in dem Haushaltsentwurf steht viel Gutes: Von der Umsetzung des
228 Dorffinnenentwicklungskonzepts in Seppenrade bis zur Fortsetzung der Maßnahmen für die
229 Neugestaltung unserer Innenstadt, von dem hehren Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2033 bis
230 zur Umsetzung des Mobilitätskonzepts für eine fußgänger- und fahrradfreundliche Stadt.
231 Diesen Zielen kann sich die SPD-Fraktion uneingeschränkt anschließen. Dem Beschwören
232 dunkler Wolken über der Haushaltsentwicklung kann sich unsere Fraktion nicht anschließen.
233 Wir sehen ausreichend Potential für eine positive Haushaltsentwicklung – trotz der
234 schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage und der wirklich wenig wirksamen
235 Gegenmaßnahmen der Landesregierung für die Kommunen in NRW. Die Ausgleichsrücklage
236 ist gut gefüllt und Lüdinghausen steht deutlich besser dar als viele andere Kommunen in
237 unserem Land.

238 Allerdings sind im Rahmen der Haushaltsberatungen andere Schlüsse gezogen worden, die
239 dazu führten, dass durch die politische Mehrheit im Rat der Stadt Lüdinghausen zum Teil
240 widersprüchliche Eingaben und Kürzungen beschlossen wurden, die sozial unausgewogen und
241 für die Verwaltung handlungsbeschränkend sind. So können Lüdinghausen und Seppenrade
242 nicht ihr volles Potential an echten Zukunftschancen für mehr soziale Gerechtigkeit,
243 Klimaschutz und Fortschritt ausspielen. Die Menschen erwarten Sicherheit in Zeiten der Krise.

244 Dem ursprünglichen Haushaltsentwurf des Bürgermeisters und seiner Stadtverwaltung hätte
245 unsere Fraktion womöglich noch zustimmen können, das Beratungsergebnis enthält jedoch
246 gewichtige Fehlentscheidungen, die wir als SPD-Fraktion nicht mittragen können, denn wir
247 möchten eine Stadt „*for the many, not the few*“ – um einen Slogan der britischen
248 Sozialdemokraten auf unser Lüdinghausen und unser Seppenrade herunterzubrechen.

249 **Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2023 daher nicht zu.**

250

251

Es gilt das gesprochene Wort.

Haushaltsrede 2023 der FDP Fraktion im Rat der Stadt Lüdinghausen

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

noch vor einem Jahr standen die Haushaltsreden aller Parteien unter dem Eindruck einer Coronapandemie, die sich dem Ende entgegen neigte und wir alle blickten zuversichtlich in die Zukunft und hofften auf ein normales Jahr 2022. Tatsächlich befanden wir uns nur einen Tag von einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg mitten in Europa entfernt. Dieser Krieg und seine Auswirkungen beherrschen seitdem das politische Handeln auf allen Ebenen, die Wirtschaft und das Privatleben von uns allen.

Wir helfen den Geflüchteten aus der Ukraine so gut wir können und mein Dank gilt an dieser Stelle besonders den vielen Ehrenamtlichen in unserer Stadt, die sich hier engagieren.

Bezogen auf unseren Haushalt brachte dieser Krieg aber auch vielfältige Mehrbelastungen, sei es durch direkte Aufwände für die Unterbringung, für mehr Personal im Sozialbereich usw. oder aber auch indirekt durch stark gestiegene Gas- und Stromkosten. Nicht zuletzt haben wir diesem Krieg das Wortungetüm „NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz“ zu verdanken, dass durch die sogenannte Bilanzierungshilfe Aufwendungen nicht im Jahresergebnis wiedergegeben werden, sondern in diesem und den beiden Folgejahren gesondert betrachtet werden. Die Auswirkungen auf den Haushalt und die Rücklagen werden erst ab 2026 sichtbar.

Diesen Fakt sollten wir uns immer wieder vor Augen führen, wenn wir darüber sprechen, dass der Haushaltsentwurf mit einem Defizit von „nur“ 2,8 Millionen Euro abschließen soll.

Noch mehr als im letzten Jahr gilt, dass wir sparsam haushalten müssen und dass wir vor allem das strukturelle Defizit, welches der Haushaltsentwurf aufzeigt, bekämpfen müssen.

Der Aufwanddeckungsgrad, also die Kennzahl dafür, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können, ist von 2021 mit 107,5% auf 90,3% in diesem Jahr gesunken. Dies ist ein deutliches Warnsignal und dies war für uns – genauso wie für die CDU-Fraktion – der Auslöser, die Höhe der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 750.000€ zu verringern.

Dies kann aber nur ein erster Schritt sein. In seiner Haushaltsrede 2022 kündigte unser Kämmerer, Herr Heitkamp, die Gründung einer Steuerungsgruppe für die städtische Finanzen an. Diese Gruppe hat sich aber im letzten Jahr leider – und trotz mehrfacher Aufforderung meinerseits – nur einmal getroffen. Nun beschwert sich Herr Heitkamp im HFA, dass der Kürzungsbeschluss unserer Fraktionen zu allgemein sei und zu wenig spezifisch bzw. ohne genaue Aufgabenkritik beschlossen worden sei. Dies können wir gerne nachholen und ich fordere die Verwaltung hiermit nochmals auf, die Steuerungsgruppe in diesem Jahr regelmäßig einzuberufen, um den Haushalt 2024 mit der notwendigen Sorgfalt aber auch mit einem entsprechenden zeitlichen Vorlauf vorbereiten zu können.

Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren,

die Haushaltsberatungen in unserer Fraktion waren sehr intensiv und konstruktiv. Dabei habe ich immer wieder, und das möchte ich auch heute Abend tun, das Bild einer einfachen Balkenwaage vor das innere Auge aller Beteiligten geholt.

In die eine Waagschale legen wir die Aufwendungen, die Investitionen und die Projekte, die für eine Zustimmung für den Haushalt stehen, in die andere Waagschale legen wir Alles, was gegen eine Zustimmung spricht.

Wir begrüßen ausdrücklich die weiteren Schritte zur Digitalisierung der Verwaltung und vor allem auch der Schulen. Hier brauchen wir uns vor den anderen Kommunen im Kreis nicht verstecken, auch wenn wir noch einige Meilen zu Laufen haben. Die Aufstockung der Mittel für den Grundstückserwerb haben wir mitgetragen, für uns geht es dabei doch um wichtige Flächen zur Ausweisung von Gewerbeflächen, was dringend notwendig ist, wenn wir weiter ein attraktiver Unternehmensstandort bleiben wollen.

An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass wir uns sehr auf den Startschuss unseres neuen Wirtschaftsförderers freuen, so dass diesem wichtigen Thema wieder mehr Raum, Zeit und Engagement im Rathaus und in der Politik gegeben werden kann.

Wir begrüßen die weiteren Investitionen in die Schulen, in die Entwicklung der Innenstadt und in den Klimaschutz, wo wir in der Bürgerenergiegenossenschaft einen starken Partner in unserer Stadt und für unsere Stadt gefunden haben.

Besonders hervorheben möchte ich auch die Investitionen, die in diesem Jahr für die Errichtung und/oder Neuausstattung vieler Spielplätze und in die Errichtung eines Outdoor-Basketballspielfeldes vorgesehen sind. Wichtige Bausteine, um unseren Kindern und Jugendlichen auch außerhalb der Sportvereine attraktive Freizeitangebote machen zu können.

Die Bereitschaft der bereits angesprochenen Bürgerenergiegenossenschaft, verschiedene Photovoltaik-Projekte, die im Haushalt vorgesehen waren, zu übernehmen, entlastet

unseren Haushalt und macht die Energiewende in unserer Stadt zu einem Gemeinschaftsprojekt aller Bürgerinnen und Bürger. Jeder kann sich an der Genossenschaft beteiligen und von der Energiewende profitieren, den positiven Effekt auf das Klima mal ganz außen vorgelassen.

Was liegt in der anderen Waagschale, was sind für uns die Knackpunkte, die eine Zustimmung zum Haushalt ausschließen?

Zuvorderst und schon von mir beschrieben ist das der stark sinkende Aufwanddeckungsgrad. Auf Dauer werden wir unseren Haushalt nicht mehr durch Grundstücksverkäufe quersubventionieren können und wenn wir nicht früh genug gegensteuern, kann es ein böses Erwachen geben. Ein konkretes Beispiel sind die Prüfungs- und Beratungsgebühren, die in diesem Jahr mit mehr als einer Viertel Millionen Euro veranschlagt sind. Und das sind nur die Beträge aus den Sach- und Dienstleistungen. Die Planungsaufwände, denen Baumaßnahmen folgen sollen, werden bei den Investitionen betrachtet, die kommen also hier nochmal on top.

Hier sei exemplarisch die Rialtostraße genannt. Der Bauausschuss hat unseren Antrag, einen Neubau aus dem Haushalt zu streichen, abgelehnt. Dabei sollte doch seit den Ausführungen des Ingenieurbüros Eberhardt im BPS im Dezember klar sein, dass wir hier über ein Bauwerk sprechen, welches in gutem Zustand ist und ohne Not nun abgerissen und ersetzt werden soll – so anscheinend der Mehrheitswille in diesem Gremium. Wir befürchten, dass zwar jetzt ein Großteil der eingestellten 50.000€ Planungskosten im Laufe dieses Jahres verausgabt wird, dass aber am Ende dabei rauskommt, dass mit den zu erwartenden Dimensionen der Rampen ein Neubau unmöglich wird. Dieses Ergebnis könnten wir alle bereits jetzt ohne finanziellen Aufwand haben, in dem wir die Brücke einfach lassen, wie sie ist.

Ein weiteres Beispiel ist der Radweg Borkenberge. Hier wurde auf Antrag der CDU-Fraktion eine Verpflichtungsermächtigung für 2024 beschlossen. Und das für ein Stück Weg, das fast ausschließlich für Freizeitfahrten und Pättkestouren genutzt werden wird. Gleichzeitig streicht die CDU-Fraktion die Instandsetzung der Gehwege an der Hans-Böckler. Diese Gehwege sind seit Monaten gesperrt und die Maßnahme wurde nun nicht mal verschoben, sondern ganz aus dem Haushaltsentwurf und somit auch für die folgenden Jahre gestrichen. Was ist das für ein Zeichen für die dort ansässigen Gewerbetreibenden, die auch ihren Anteil an 14,8 Mio. EURO Gewerbesteuer beisteuern und somit auch den Anspruch auf eine funktionierende Infrastruktur haben.

Ich könnte hier noch einige weitere Beispiele bringen, die auf dieser Seite der Waage liegen, will es aber angesichts der Uhrzeit dabei belassen.

Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren,

von der Politik wird Transparenz und Ehrlichkeit gefordert. Dieser Forderung komme ich und kommt die FDP-Fraktion gerne nach. Die von mir beschriebene Waage lässt sich nicht genau ablesen. Wir sprechen schließlich über politische Schwerpunkte, über Projekte und über viele Millionen Euro und nicht über soundso viele Gramm Mehl, Butter oder Zucker. In der Bewertung der Gewichte dieser Waagschalen waren und sind wir uns in unserer Fraktion nicht einig.

Deshalb werden Sie auch heute kein einheitliches Stimmergebnis der Fraktion erhalten.

Wir arbeiten ohne Fraktionszwang, wir respektieren die Meinung des anderen und deshalb ist es für uns selbstverständlich, diese unterschiedlichen Bewertungen der präsentierten Zahlen auch transparent durch unser Abstimmungsverhalten darzustellen und

nicht hinter verschlossenen Türen durch ein „Basta“ oder was auch immer ein einheitliches Votum zu erzwingen. Denn das wäre unehrlich und heuchlerisch.

Zum Schluss möchte ich mich bei Herrn Heitkamp, Herrn Hartlage und dem Team in der Kämmerei, aber auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung bedanken, die täglich für unsere Bürgerinnen und Bürger da sind und unsere Stadt nach vornebringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.